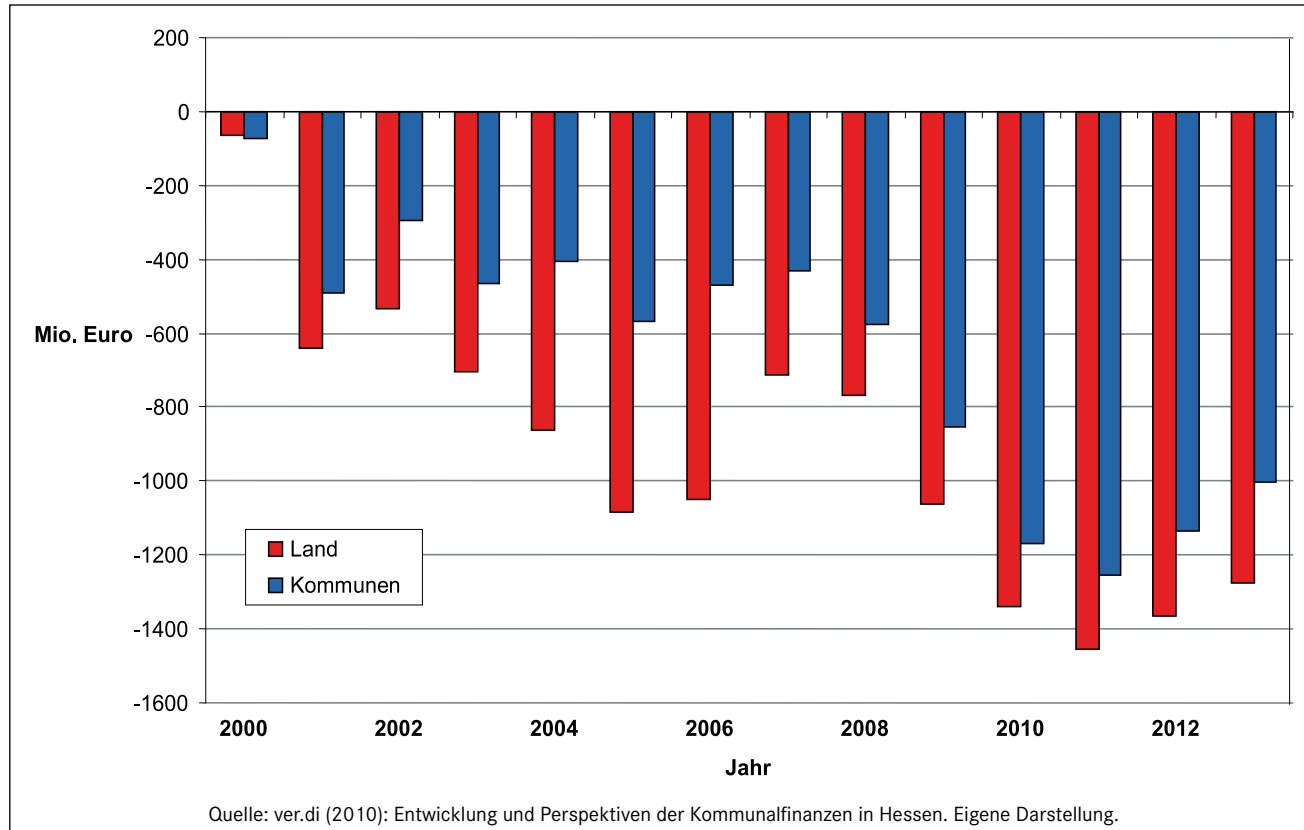


Einnahmeverluste in Hessen durch Steuersenkungen seit 1998



10 Argumente gegen die Schuldenbremse

Niemand möchte hoch verschuldet sein, weder als Privatperson noch als Staatsbürger. Notwendige staatliche Aufgaben müssen deshalb durch ausreichende Steuereinnahmen finanziert werden.

CDU, SPD, FDP und Grüne geben vor, dass mit der Einführung einer Schuldenbremse die Verschuldung gestoppt werden könnte. Ein breites gesellschaftliches Bündnis mit Gewerkschaften, Sozialverbänden, Schüler- und Studierendenver-

tretungen lehnt die Schuldenbremse hingegen ab, denn sie ist ein Blankoscheck für Sozialabbau. Auch DIE LINKE spricht sich gegen diese Verfassungsänderung aus.

CDU, SPD, FDP und Grüne weigern sich zudem die Bevölkerung ausgewogen zu informieren und haben gemeinsam im Landtag beschlossen, nur ihre Argumente auf Staatskosten allen vier Millionen Wahlberechtigten nach Hause zu schicken.

Sprechen Sie mit uns, lernen Sie uns kennen:

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden

Tel.: 0611-3506090, Fax: 0611-3506091

E-Mail: die-linke@ltg.hessen.de

Internet: www.linksfraktion-hessen.de

Schuldenbremse heißt
SOZIALABBAU
 Für ein soziales und gerechtes Hessen
www.linksfraktion-hessen.de



**10 Argumente gegen
die Schuldenbremse**

DIE LINKE.
 FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG

1 Brauchen wir eine Schuldenbremse, weil wir über unsere Verhältnisse gelebt haben?

NEIN. Die Mehrheit der Menschen hat nicht über ihre Verhältnisse gelebt. Im Gegenteil - die Löhne sind real gesunken, Gebühren und Abgaben gestiegen und der Staat hat seine Leistungen immer wieder abgesenkt. Sowohl die Mehrheit der Menschen als auch der Staat haben den Gürtel in den letzten Jahren also bereits enger schnallen müssen. Gleichzeitig wurden aber seit 1998 die Steuern für Reiche, Lobbygruppen und Konzerne zum Teil massiv gesenkt. Allein durch diese Steuersenkungen wurde ein Viertel der hessischen Schulden verursacht. Und die Banken- und Wirtschaftskrise hat auch Hessen Milliarden gekostet. Nur eine reiche privilegierte Minderheit lebt also über unsere Verhältnisse.

2 Sorgt die Schuldenbremse für Generationengerechtigkeit?

NEIN. Staatsschulden sind keine Frage der Generationengerechtigkeit: Die Generation unserer Kinder und Enkel erbt nicht nur die Schulden, sie erben auch Vermögen, eine öffentliche Infrastruktur, Bildung, soziale Leistungen und vieles mehr. Die Schuldenbremse ist aber eine Kreditsperre. Sie verhindert gerade, dass das Land investiert, um auch nachfolgenden Generationen ein gutes Bildungssystem, eine ökologisch ausgerichtete Infrastruktur und aufgabengerechte öffentliche Dienste zu hinterlassen. Die Schuldenbremse ist also weder nachhaltig noch generationengerecht.

3 Wirkt die Schuldenbremse nicht sowieso, weil sie im Grundgesetz steht?

NEIN. Richtig ist, dass die Schuldenbremse im Grundgesetz auch für die Bundesländer gilt. Allerdings klagt das Land Schleswig-Holstein gegenwärtig dagegen, weil diese Regelung die Handlungsfähigkeit der Länder viel zu weit einschränkt. Ob die Schuldenbremse des Grundgesetzes also auch Bestand für die Länder haben

wird, ist völlig offen. Bei Zustimmung in Hessen würde sie aber weiter wirken, was einer politischen Katastrophe gleich käme.

4 Wird das Land eine Verantwortung für Einnahmen und Ausgaben haben?

NEIN. Die Befürworter der Schuldenbremse argumentieren, dass die Verankerung der Einnahmen- und Ausgabenverantwortung in der Verfassung ein Fortschritt sei. Es ist aber schon jetzt selbstverständlich, dass jedes Bundesland die Verantwortung für seine Einnahmen und Ausgaben hat. Es ist ein Hohn, dass die Parteien, die in den letzten Jahren die Einnahmen des Staates vernachlässigt haben, sich jetzt aus ihrer politischen Verantwortung stehlen wollen. Sie verstecken sich hinter einer unklaren Verfassungsregelung. Denn schon während der Verhandlungen hat der Streit darüber begonnen, wie dieser Passus in der Verfassung umgesetzt werden soll.

5 Werden die Kommunen tatsächlich geschont?

NEIN. Die Kommunen werden weder jetzt noch in Zukunft geschont. Bereits im Jahr 2011 streicht ihnen die Landesregierung 344 Millionen Euro. Die Schuldenbremse wird den Druck auf die Kommunen noch erhöhen, weiter zu kürzen. Durch die ständige Übertragung neuer Aufgaben, durch die Wirtschaftskrise und die insbesondere durch Hartz IV gestiegenen sozialen Ausgaben sind Städte, Gemeinden und Landkreise unverschuldet in eine bedrohliche finanzielle Schieflage geraten. Jetzt drohen durch die Schuldenbremse weitere erhebliche Einschnitte bei sozialen Einrichtungen, Schulen, Kindergärten und sogar bei den Vereinen.

6 Dürfen wir unseren Kindern keine Schulden hinterlassen?

NEIN. Entscheidend ist, wofür Kredite aufgenommen werden. Es ist richtig, dass wir unseren Kindern nicht mehr Schulden hinterlassen sollten, als wir ihnen auch an Gegenwerten hinterlassen. Daraus aber den Schluss zu ziehen, Schulden seien generell schlecht, ist falsch:

Wenn man z.B. in den sozialen und ökologischen Umbau investiert, ist es durchaus sinnvoll, dafür Kredite aufzunehmen. Denn die Zukunftskosten sind viel höher, wenn man nichts tut. Übrigens: Jeder Häuslebauer wird bereit sein, einen Kredit aufzunehmen, um ein kaputtes Dach zu reparieren. Dem Staat dies zu verbieten, wäre unvernünftig.

7 Sind die Schulden Hessens nicht schon extrem hoch?

NEIN. Weder im internationalen noch im bundesdeutschen Vergleich sind die Schulden des Landes Hessen extrem hoch. Es gibt kein genaues Maß, ab dem ein Staat als überschuldet gilt. Vielmehr ist es wichtig, dass die Schulden nicht dauerhaft schneller wachsen als die Wirtschaftskraft eines Landes. Dafür müssen aber auch die Einnahmen des Staates wachsen. Steuersenkungen für Reiche, Erben und Unternehmen haben dies in den letzten Jahren verhindert. Eine Schuldenbremse trägt nicht dazu bei, die Einnahmen des Staates zu erhöhen. Sie zwingt nur einseitig bei den Ausgaben zu kürzen – also Sozialabbau zu betreiben.

Übrigens stehen den 1,88 Billionen Euro Staatsschulden in Deutschland private Vermögen von 6,6 Billionen gegenüber. Hiervon gehören 4 Billionen Euro den reichsten 10 Prozent der Bevölkerung.

8 Sichert das Land mit der Schuldenbremse seine Handlungsfähigkeit?

NEIN. Die Schuldenbremse wird die Handlungsfähigkeit des Staates massiv einschränken. Ein handlungsfähiger Staat ist in der Lage selbst zu entscheiden, wofür wie viel Geld ausgegeben werden soll und nutzt für sinnvolle Investitionen auch Kredite. Die nächsten Kürzungsrunden der Landesregierung sind bereits geplant. Mit der Schuldenbremse stellt sie deshalb einen Blankoscheck für Sozialabbau zur Volksabstimmung. Wir verweigern diesen und sagen NEIN zu Sozialabbau!

9 Brauchen wir eine Schuldenbremse, weil wir keine Regelung haben?

NEIN. In der Hessischen Verfassung gibt es hierzu eine vernünftige Regelung. Aber die bisherigen Regierungen haben sich hieran nie gehalten. Statt nun eine gute Regelung durch eine schlechte auszutauschen, wäre eine andere Politik notwendig, vor allem ein sozial gerechtes Steuersystem und die Regulierung der Banken.

10 Wird die Schuldenbremse die Verschuldung stoppen?

NEIN. Solange die Politik Steuergeschenke an Reiche, Konzerne und Banken verteilt, fehlen notwendige Einnahmen. Die Bundesregierung will die Steuern ja sogar noch stärker absenken, sodass noch weniger bleibt. Das betrifft dann auch Hessen, dem alleine durch die unsägliche Mehrwertsteuersenkung bei Hotels („Mövenpicksteuer“) ca. 100 Millionen Euro pro Jahr fehlen. Und: Die Schuldenbremse gilt zwar für die Bevölkerung, aber nicht für die Finanzmärkte, die weiter von Regelungen verschont bleiben. Hier wären Schuldenbremsen, Rückzahlungen und strikte Regeln dringend notwendig. Doch CDU, SPD, FDP und Grüne wollen in diesem „Casino“ alles weiter laufen lassen, und die Bevölkerung soll den Gürtel dafür noch enger schnallen.

Schuldenbremse heißt Sozialabbau!

Deshalb ruft DIE LINKE dazu auf, am 27.März **gegen** die Schuldenbremse zu stimmen!